



Es gilt das gesprochene Wort.

Stellungnahme der SPD-Kreistagsfraktion zur abschließenden Lesung des Haushaltsentwurfs 2012

Sitzung des Kreistags am 3. Februar 2012

Es kam doch ganz anders als insgeheim erhofft: Kein Millionen – oder gar Milliardenregen ergoss sich über den Landkreis – aber immerhin eine Besserstellung um 5,4 Mio €: fast 3 Mio mehr Schlüsselzuweisungen, 700.000 € Verbesserungen im Einzelplan IV, 200.000 € Mehreinnahmen bei den Baugenehmigungen und 1,6 Mio. € Verbesserung bei der GrErwSt.

Die Absenkung der Kreisumlage, wie von der Verwaltung in der Folge vorgeschlagen, haben wir allerdings mit gemischten Gefühlen gesehen. Einerseits möchten wir natürlich auch die Gemeinden und Städte an der Entlastung teilhaben lassen, andererseits haben wir aber einen nachhaltig hohen Finanzierungsbedarf des Landkreises, z. B. im ÖPNV mit dem Beitritt zum VVS, der S-Bahn, wenn auch nur im Vorlaufbetrieb, zur Kreisstraßensanierung, vor allem aber auch zur Modernisierung der Kliniken GmbH mit ihrem jährlichen Betriebsdefizit. Beim schon vorhandenen Schuldenstand wollen wir Kreditaufnahmen möglichst vermeiden.

Insbesondere sind wir aber skeptisch im Einzelplan 4 bei drei Haupthilfearten.

Entgegen der ursprünglichen Ansätze sind in der Folge der

Konsolidierungsbemühungen Pauschalkürzungen von insgesamt 2 Mio. € erfolgt.

Es ist fraglich ob die Kosten der Unterkunft für ALG II – Empfänger mit jetzt 16,2 Mio. € ausreichen werden, richtigerweise waren 16,7 Mio. € angesetzt. Ebenfalls eine Pauschalkürzung von 0,5 Mio. € auf 16,2 Mio. € hat es bei der Kinder- und Jugendhilfe gegeben – trotz steigender Zahlen der Hilfen zur Erziehung. Und schließlich ist die Eingliederungshilfe für Behinderte von 26 Mio. um eine Mio. auf 25 Mio. € herabgesetzt worden. Das ist ein großes Risiko, weil es häufig zu teuren Heimunterbringungen kommt.

Zwar können wir heute dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses mit 39,9%-Punkten einiges abgewinnen als Geste für ein gutes Miteinander. Wir machen aber darauf aufmerksam, dass jetzt ganz dringend eine Bestandsaufnahme aller Maßnahmen erfolgen muss, die in den nächsten

Jahren absehbar geplant sind, und dass dafür eine Finanzplanung spätestens bei der Einbringung des Haushalts 2013 erarbeitet werden muss – planen nur bis zum Tellerrand war gestern!

Wir freuen uns, dass wir bei der Einführung der Schulsozialarbeit an den Beruflichen Schulen einen ersten Einstieg zur Erstellung einer Konzeption für alle Schulen einen längst überfälligen Schritt tun können – allerdings hat dies erst die Zusage des Landes auf Übernahme eines Drittels der Kosten möglich gemacht. Bei der Beratung dieses Antrags im VA haben wir uns allerdings schon gewundert, welche Begriffsverwirrung in Bezug auf die Aufgabenbereiche der Schulsozialarbeit bei der CDU-Fraktion noch vorhanden ist – man hat fast den Eindruck, als ob alles, was auch nur irgendwie den Begriff „sozial“ in sich trägt, von Ihnen nur mit spitzen Fingern angefasst wird. Dabei hatten Sie doch vor nicht allzu langer Zeit Baden-Württemberg zum „Kinderland“ erklärt. Der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist leider auch in diesem Bereich immer noch eklatant.

Ebenso positiv bewerten wir, dass über die Einführung eines „Sozialtickets“ im ÖPNV für Hartz IV-Bezieher zusammen mit „Filsland“ eine mögliche Konzeption dargestellt werden soll. Dabei sind natürlich auch die möglichen finanziellen Auswirkungen zu berücksichtigen – der Kreistag sollte aber eine sehr genaue Interessensabwägung vornehmen können – jetzt bereits Bewertungen abzugeben halten wir nicht nur für verfrüht, sondern auch für verfehlt.


Wäre der Kreistag 2011 unserem Antrag zum Beitritt in den VVS gefolgt, wäre 2013 wohl schon die Teilintegration möglich gewesen. So aber ist das Ziel der Vollintegration wohl nur über den Zwischenschritt Teilintegration 2014 möglich. Wir halten auch nach wie vor einen S-Bahnvorlaufbetrieb ab diesem Zeitpunkt für möglich. Nachdem in der Zwischenzeit alle möglichen Gruppierungen, bis hin zur Jungen Union, die Vollintegration und den Vorlaufbetrieb der S-Bahn fordern, wird es nun höchste Zeit, dass der Kreistag die Initiative ergreift und bald die entsprechenden verbindlichen Beschlüsse fasst.

Bei der Abfallbeseitigung hat uns nun der Gesetzgeber in Bund und Land endlich in unserer schon uralten Forderung nach einer Wertstofftonne Recht gegeben.

Wir gehen davon aus, dass die entsprechenden Beschlüsse nun bald gefasst und in die Realität umgesetzt werden.

Wir sind nach wie vor irritiert über die Tatsache, dass Landkreis und Kliniken trotz entgegengesetzter Beteuerungen offenkundig bei der Entwicklung eines neuen „Corporate Designs“ immer noch getrennte Wege gehen. Wie anders ist die gestrige Pressemitteilung in der örtlichen Presse zu verstehen, dass für die Namensgebung der Klinik über 500 Vorschläge eingegangen sind und dass man in der Folge dann auch ein neues Logo für die Kliniken finden wolle. Wir fordern erneut, dass bei der anschließenden Beschlussfassung im VA am 10.02. die Klinikverantwortlichen mit in die Beratung einbezogen werden. Für die Beratung der weiteren Anträge im Verlauf des Jahres 2012 wünschen wir uns weiterhin ein faires und sachliches Klima.

Eschenbach, 01. Februar 2012



Peter Feige